

Immer mehr Kohle vom Staat macht unsere Gesellschaft nicht gerechter – im Gegenteil!

Der MIT-Kreisverband Fuldas unterstützt kraftvoll die Umsetzung des Deutschland-Plans für mehr Freiheit und Verantwortung von Carsten Linnemann, MdB und MIT-Bundesvorsitzender (CDU).

Der stellvertretende Vorsitzende des MIT – Kreisverbandes Fulda und Vorsitzende des MIT-Bezirksverbandes Osthessen, Claus Ullrich unterstreicht die deutlichen Worte von Linnemann: „Die Sozialpolitik der vergangenen Jahre ist überholt. Öffnet der Staat weiter hemmungslos seine Taschen, fehlt uns an anderer Stelle das Geld. Daher muss die staatliche Unterstützung begrenzt werden, um endlich eine effizientere und vor allem gerechtere Mittelverwendung herbeizuführen. Die Sozialausgaben in unserem Land sind in den letzten 15 Jahren sogar stärker gestiegen als die Wirtschaftskraft. Lag die Sozialleistungsquote – also das Verhältnis zwischen allen Sozialausgaben und dem BIP – 2007 noch unter 27%, sind es mittlerweile über 30 Prozent.

Die Sozialpolitik der vergangenen Jahre erreicht die falschen Leute

Unsere Sozialpolitik kommt zu selten bei denen an, für die sie eigentlich gedacht ist. Es liegt nicht am Geld, sondern an seiner Verwendung. Drei Beispiele aus der Rentenpolitik:

a) Die Rente mit 63 sollte den hart arbeitenden Handwerkern und den Industriearbeitern zugutekommen, landet aber größtenteils bei anderen Berufsgruppen.

b) Die Mütterrente sollte Altersarmut von alleinstehenden Frauen bekämpfen. Bei den wirklichen Bedürftigen wurde sie aber von der Sozialhilfe abgezogen.

c) Die Grundrente sollte Menschen in Niedriglohnjobs einen Ruhestand in Würde ermöglichen. Ein Viertel aller Rentner in Armut bekommen sie aber gar nicht. Dafür zählt jeder fünfte Empfänger der Grundrente zur wohlhabenden Hälfte aller Ruheständler.

Die Antwort kann nicht noch mehr Geld sein, doch was ist die Lösung?

Auch wenn es auf den ersten Blick paradox erscheint: Wir müssen die Sozialleistungsquote dauerhaft begrenzen und eine Sozialstaatsbremse einführen. Unser Vorschlag: 30 Prozent! Das ist ungefähr das Niveau von heute. Das würde unsere Politiker dazu zwingen, mit dem Geld der Bürger vernünftig umzugehen. Die Schuldenbremse hat ebenso disziplinierend gewirkt.

Für die Rentenpolitik hieße das etwa, dass wir in Zukunft alles dafür tun, längeres Arbeiten für diejenigen attraktiver zu machen, die körperlich dazu in der Lage sind. Gleichzeitig müssen wir für jene da sein, die vor dem Rentenalter in die Erwerbsminderungsrente gehen müssen, weil sie schlicht und einfach nicht mehr können. Das nennt man zielgerichtete Politik.

Kapitalgedeckte Altersvorsorge stärken

Da die gesetzliche Rente allein aufgrund des demografischen Wandels in vielen Fällen den Lebensstandard im Alter nicht mehr sichern kann, müssen wir gleichzeitig die kapitalgedeckte Altersvorsorge stärken. Riester braucht einen Neustart: viel flexibler, renditestärker und unbürokratischer.

Sozialstaatsbremse führt zu mehr Gerechtigkeit

Durch die Sozialstaatsbremse würden wir auch den Verschiebebahnhöfen zwischen Sozialversicherungen und Bundeshaushalt einen Riegel vorschieben. Die Steuerfinanzierung mag kurzfristig gut gemeint sein, um die Arbeitskosten nicht in die Höhe schießen zu lassen. Langfristig fällt uns das aber auf die Füße. Der wissenschaftliche Beirat des Wirtschaftsministeriums hat das kürzlich am Beispiel der Rentenversicherung ausgerechnet. Wenn man dort die bisherigen Grundlagen (doppelte Haltlinie) beibehalten würde, müsste der Steuerzuschuss zur Rente in den nächsten knapp zwanzig Jahren auf die Hälfte des gesamten Bundeshaushaltes steigen. Das wäre das Ende für gestaltende Politik bei Infrastruktur und Bildung. Es würde auch die Klimawende unmöglich machen, weil die finanziellen Spielräume fehlten.

Eine Sozialstaatsbremse hingegen würde alle Sozialausgaben berücksichtigen, egal ob beitrags- oder steuerfinanziert. Jede Ausgabe der Vergangenheit ist kritisch zu prüfen, bevor wir sie in die Zukunft fortschreiben. Die Mittel fließen dann jeweils dahin, wo sie am meisten gebraucht werden. So verrückt es klingen mag: Unsere Sozialpolitik würde durch eine Sozialstaatsbremse besser und gerechter.